

16. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der CDU

Mehr Professionalität bei „Berlin im Städtevergleich“

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, künftig bei Vergleichen zwischen den Bezirken und Kommunen hinsichtlich der Effektivität und Effizienz des Verwaltungshandelns folgende Prämissen zu beachten:

1. Die Vergleiche sind künftig auf der Basis outputorientierter Kennzahlen durchzuführen; Unterschiede hinsichtlich der Aufgabenprofile sind zu dokumentieren und objektiv in die Bewertung einzubeziehen.
2. Verzerrungen durch strukturelle Unterschiede (z.B. Leistungserstellung durch eigenes Personal, private Dienstleister und Zuwendungsempfänger) oder Nichtberücksichtigung der Ertragsseite sind auszuschließen.
3. Der Overhead in den Senatsverwaltungen, der im Zusammenhang mit der Leistungserstellung durch die Bezirke steht, ist in die Vergleiche einzubeziehen und bei den daraus abzuleitenden Managemententscheidungen einzubeziehen.

Begründung:

Mit seiner Studie "Berlin im Städtevergleich" hat die Senatsverwaltung für Finanzen versucht, betriebswirtschaftliche Defizite der Bezirksverwaltungen aufzuzeigen und daraus die Forderung abgeleitet, in den Globalhaushalten der Bezirke weitere Kürzungen vorzunehmen.

Der Rat der Bürgermeister hat mit seinem nach umfangreicher Verifizierung gefassten Beschluss über die RdB-Vorlage R 93/07 dazu kritisch konstruktiv Stellung genommen. Insbesondere wurden die Defizite der Senatsstudie aufge-

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses können über die Internetseite

www.parlament-berlin.de (Startseite>Parlament>Plenum>Drucksachen) eingesehen und abgerufen werden.

zeigt und Hinweise für eine künftige professionelle Ausgestaltung solcher Städtevergleiche gegeben.

Mit diesem Antrag soll der Senat verpflichtet werden, die Hinweise der Bezirke aufzugreifen und von weiteren Berichten, die mit zweifelhaften Methoden erstellt werden, Abstand zu nehmen.

Berlin, den 28. September 2007

Dr. Pflüger Goetze Henkel Thamm Steuer
und die übrigen Mitglieder der Fraktion der CDU